

07.09.2018

Beschlüsse der 5. Sitzung des 61. Studierendenparlaments

Wahl eines*einer Protokollant*in

Lena Neukirchen wird als Protokollantin gewählt.

Umbesetzung von Ausschüssen und Kommissionen

Herausgeber*innenausschuss (HGA)

Für die LHG: Ersetze Paul Kevekordes durch Matthias Werk als ordentliches Mitglied

Für die LHG: Ersetze Matthias Werk durch Marie Hullmann als stellv. Mitglied

Vergabeausschuss (VGA)

Für die LHG: Ersetze Cosima von Uechtritz durch Max Menne als ordentliches Mitglied

Aufnahme von Hochschulgruppen in die beim Rektorat geführte Hochschulgruppenliste

Die Aufnahme der Hochschulgruppe „Oratorienchor Münster“ wird vom Studierendenparlament empfohlen.

Die Aufnahme der Hochschulgruppe „Afrikanisch-Karibischer Kulturverein Studierender Münster“ wird vom Studierendenparlament empfohlen.

Die Aufnahme der Hochschulgruppe „Polyglott Verband der Studierenden der Universität Münster“ wird vom Studierendenparlament empfohlen.

Bestätigung von Referent*innen

Folgende Referent*innen wurden bestätigt:

Referat für Öffentlichkeitsarbeit und Digitales

- Klara Braun

Schwulenreferat

- Rayk Ahrens
- Philipp Niklas Kannemann

Lesbenreferat

- Amelie Arnold
- Isabel Wiegand

Frauenreferat

- Lena Paetsch
- Sina Feldkamp

fikuS-Referat

- Jan Erik Brühl
- Richard Dietrich

Fachschaftenreferat

- Lars Nowak
- Patrick Daniel Parusel
- Moritz Flottmann
- Bettina Haas

Promovierendenreferat

- Jose Matute
- Philipp Meer
- Agnes Roggentin

Sportreferat

- Colja Homann
- Maximilian Strunk

JugendarbeiterInnen Bund (JAB) auf dem ASV-Sommerfest: Ausschluss von Finanzierung sowie Zurverfügungstellung von Räumlichkeiten

Das Studierendenparlament fasst folgenden Beschluss:

„Das Studierendenparlament der Universität Münster distanziert sich vom JugendarbeiterInnen Bund (JAB) und der mit ihm verbundenen Organisationen, insbesondere dem Jugendwiderstand. Der JugendarbeiterInnen Bund (JAB) und mit ihm verbundene Organisationen werden von Geldern, Räumlichkeiten und Veranstaltungen der Studierendenschaft der Universität Münster ausgeschlossen. Außerdem fordert das Studierendenparlament den AStA auf, die Präsenz des JAB beim letzten Sommerfest der ASV, das der AStA mit unterstützt hat, öffentlichkeitswirksam aufzuklären und nach einer Evaluation mit der ASV eine entsprechende Stellungnahme abzugeben, damit zukünftigen Vorfällen dieser Art vorgebeugt wird.“

Antrag Landesfachschaft Jura NRW

Die Studierendenschaft der Universität Münster tritt der Landesfachschaft Jura NRW als zu gründenden eingetragenen Verein bei.

Der AStA-Vorsitz wird aufgefordert, die für Hochschul- und Rechtspolitik verantwortliche natürliche Person im Fachschaftsrat Jura zu bevollmächtigen, die Studierendenschaft in allen den Verein betreffenden Belangen zu vertreten.

Antrag gegen jeden Antisemitismus – gegen die BDS-Bewegung

Das Studierendenparlament fasst folgenden Beschluss:

*"Das Studierendenparlament positioniert sich klar gegen israelbezogenen Antisemitismus. Es bekennt sich zum Existenzrecht Israels und zum Recht des Staates Israels sich und seine Bevölkerung zu verteidigen. Das Studierendenparlament lehnt Boykottbestrebungen gegen Israel ab, insbesondere Aufrufe zum akademischen oder kulturellen Boykott, da diese nicht mit dem gesetzlichen Auftrag der Studierendenschaft vereinbar sind. Dementsprechend spricht sich das Studierendenparlament gegen jegliche Zusammenarbeit mit der "Boycott, Divestment and Sanctions"-Bewegung (kurz BDS) ab. Die BDS-Bewegung und ihre Unterstützer*innen dürfen keine Gelder der Verfassten Studierendenschaft zur Verfügung gestellt werden, ebenso sind keine Räume für Veranstaltungen von diesen durch Gremien der Verfassten Studierendenschaft zu buchen. Referent*innen und Künstler*innen, die sich öffentlich pro-BDS beziehungsweise gegen das Existenzrecht Israels positionieren oder terroristische Gewalt gegen Israel befürworten, dürfen keine Honorare aus Geldern der Verfassten Studierendenschaft gezahlt werden, auch sind keine Räume für Veranstaltungen mit diesen durch Gremien der Verfassten Studierendenschaft zu buchen. In der politischen Bildungsarbeit der Verfassten Studierendenschaft soll das Thema (israelbezogener) Antisemitismus weiter Berücksichtigung finden."*